

die Linke in Westdeutschland an der Macht und müsse sich mit Verdächtigungen aus der Vergangenheit auseinandersetzen. In Wirklichkeit ist sie weiter von der Macht entfernt denn je, und jede linke nationale Welle wird mit Sicherheit auf bourgeoise Mühlen umgeleitet werden. Es wäre nicht das erstmal, das linke Träumereien zu rechten Realitäten geführt haben.

Nirgendwo-Sozialismus.

Eine Replik von Peter Brandt und Günter Minnerup

»Man müßte die Arbeiterklasse vernichten, um der deutschen Nation die Existenz und die gemeinsame Zukunft im Sozialismus zu rauben.«

Manfred Bensing, Die deutsche Nation im Prozeß des sozialen Typenwandels, in: M. Kossok (Hg.), Studien über die Revolution, Berlin (Ost) 1969, S. 483.

Die Schwierigkeit, auf die Polemik von Frank Dingel gegen unseren Artikel zur »Deutschen Frage« zu antworten, liegt weniger in den Differenzen zwischen ihm und uns bezüglich unserer konkreten Einschätzung der deutschen Situation, als in den diametral entgegengesetzten Grundhaltungen zum Problemfeld Nation, Nationalismus, nationale Identität und damit - wie wir zeigen werden - unterschiedlichen Begriffen von sozialistischer Politik. So könnte man vortrefflich darüber diskutieren, wie die Biermannsche Aufforderung zur »Einheit der Linken in Ost und West« mit sinnvollem Inhalt zu füllen oder inwieweit eine Abkoppelung der beiden deutschen Staaten von ihren jeweiligen Paktsystemen wünschenswert oder möglich sei, wenn es nicht diese grundlegenden Verständnisschwierigkeiten gäbe. Wir wollen gern zugeben, daß die aus Platzgründen notwendige Kompression unserer theoretischen und historischen Argumentation gelegentlich Mißverständnissen Vorschub geleistet haben mag. *Nur* mit Mißverständnissen jedoch ist ein derartiges Ausmaß an Verständnislosigkeit für unser Anliegen, wie es Dingel artikuliert, schwer zu erklären.

Dingels Polemik gerät zum systematischen Verwirrspiel, wenn er uns ausdrücklich oder indirekt Positionen unterstellt, die gar nicht die unseren sind - bis hin zu grotesken Fehlinterpretationen wie hinsichtlich unseres Verweises auf die Transformation des Reichsgedankens unter dem Nazismus. Eine dermaßen »verzerrte« und »selektive« Wahrnehmung - um den Vorwurf zurückzugeben - haben wir gerade bei Frank Dingel nicht erwartet. Ohne die Bereitschaft, eine andere Argumentation erst einmal nachzuvollziehen, kann es keine wirkliche Auseinandersetzung geben, die über einen Schlagabtausch hinausgeht.

Die von Dingel vorgetragene Position ist natürlich nicht neu. Die Reduzierung der Nation auf eine »Etappe des Kapitals auf dem Wege zum Weltmarkt«, die Behauptung, daß »Begriffe wie Nation, Nationalgefühl, nationale Identität usw. nur im Rahmen einer bürgerlichen Ideologie einen Sinn ergeben«, und insbesondere die Gleichsetzung von Nation und Religion als mit dem Sieg des Sozialismus quasi zum Tode verurteilten ideologischen Opiaten gehen in der marxistischen Diskussion bis auf zumindest die sogenannten Ultralinken der Zweiten Internationale zurück (vgl. Anton Pannekoek, »Klassenkampf und Nation«, und Joseph Strasser, »Die Arbeiter und die Nation«). Von dieser Warte aus muß natürlich jede Berufung auf die Nation von links als Pakt mit dem Teufel erscheinen, und es ist dann in der Tat - um in den Worten von Dingel zu sprechen - am besten, »Nationalgefühl erst gar nicht entstehen zu lassen«.

Nun ist es unbestreitbar wahr, daß gerade in der deutschen Geschichte viel Schindluder mit dem Begriff der Nation getrieben worden ist. Auch wir sind deshalb der Meinung, daß es im Zweifelsfall für die Linke besser ist, nationalistischer Demagogie gegenüber Distanz zu wahren. Wir glauben aber nicht, daß sich die sozialistische Antwort auf den bürgerlichen Nationalismus in der mechanischen Gegenüberstellung eines letztlich völlig abstrakten Begriffs des proletarischen Internationalismus erschöpfen kann, oder daß die Linke auch nur die Wahl hätte, ob sie Nationalgefühl besser »erst gar nicht entstehen lassen« sollte. Das nationale Element - und zwar nicht nur als Vorurteil, sondern als »Boden«, in dem »unser [materielles und ideelles] Sein wurzelt und sich entfaltet« (August Bebel) - existiert im Leben der arbeitenden Bevölkerung unabhängig von unserem Willen. Wir können es entweder ignorieren, bekämpfen, uns ihm ausliefern, oder es gegen die bürgerliche Reaktion wenden. Um nur ein Beispiel zu nennen: Dingel beschuldigt uns, der westdeutschen Bourgeoisie implizit ob ihrer Verfolgung der Westintegration auf Kosten der staatlichen Einheit nationalen Verrat vorzuwerfen. Nun wurde Adenauers Außenpolitik in den 40er und 50er Jahren ja durchaus von großen Teilen des deutschen Volkes als solcher gesehen und von der SPD, SED und KPD auch als solcher bekämpft. Der Logik seiner Argumentation zufolge hätte Dingel diese sozialistische Opposition mit der Begründung ablehnen müssen, daß die Arbeiterbewegung damit nur Wasser auf die Mühlen der - ebenfalls Adenauer scharf angreifenden, zahlenmäßig aber relativ bedeutungslosen - deutsch-nationalen Reaktion gieße, und empfehlen müssen, sozialistische Klassenpolitik auf die Bekämpfung der wirtschaftlichen und sozialpolitischen »Restauration« zu beschränken. Unseres Erachtens wäre eine solche Position nicht nur die freiwillige Selbstaufgabe des Führungsanspruchs der sozialistischen Arbeiterbewegung - die durch die Spaltung Deutschlands und damit die Abtrennung ihrer traditionellen »mitteldeutschen« Hochburgen entscheidend geschwächt wurde - im nachfaschistischen Deutschland und Erleichterung der Durchführung des Adenauerschen Projekts gewesen, sondern hätte eine passive Auslieferung des damals auch und gerade in der Arbeiterklasse starken Nationalgefühls an eben die reaktionäre Rechte bedeutet. Vielleicht sollten wir sicherheitshalber noch hinzufügen, daß wir damit nicht zu unkritischen Bewunderern Kurt Schumachers geworden sind, den sein parlamentarischer Reformismus und Antikommunismus daran hinderten, nationale und soziale Frage auf sozialistische Weise miteinander zu vermitteln. Das Beispiel mag aber verdeutlichen, warum die von Dingel vertretene kategorische Negation des Nationalen uns auch dann nicht weiterbringt, wenn wir - was Dingel in unserem Aufsatz zu vermissen glaubt - explizit von konkreten »Problemen des Klassenkampfes« ausgehen.

Uns zu unterstellen, wir hielten Nation und nationale Identität (übrigens keineswegs unse-

re zentrale Kategorie) für überhistorische Konstanten, ist einigermaßen abwegig. Wir können die Entwicklung der Nationen im Weltsozialismus getrost der Zukunft überlassen. Gewiß: Nationalbewegungen sind immer Reaktionen *gegen* etwas: Fremdherrschaft, territoriale Zersplitterung usw. In Deutschland geht es heute natürlich nicht um einen nationalen Befreiungskampf im antikolonialen Sinne. Es handelt sich vielmehr darum, daß die Teilung Deutschlands gleichzeitig die Spaltung der deutschen Arbeiterklasse bedeutet, ein Tatbestand mit außerordentlich gravierenden Folgen für deren Aktionsfähigkeit in beiden Staaten.

Die Nation liegt in der Tat irgendwo zwischen der »sinnlichen Erfahrung der konkreten Lebenswelt« und dem »humanitären Ethos des Weltbürgers« (übrigens eine eigenartige Problemstellung für einen orthodoxen Marxisten): Sie liegt auch in der realen Existenz der Arbeiterbewegung, wie wir sie in dem jeweiligen Land vorfinden, und nicht, wie wir sie eigentlich haben wollen. Das politische Bewußtsein der Arbeitermassen in beiden deutschen Staaten ist entscheidend von der nationalen Spaltung geprägt worden. Die für die sozialdemokratischen Arbeiter entscheidende, tiefe Identifikation mit der bürgerlich-parlamentarischen Demokratie und ihr sich heute in der Zustimmung zur westeuropäischen Gemeinschaft und Atlantischen Allianz niederschlagendes Sicherheitsbedürfnis sind nur vor dem Hintergrund der spezifischen deutschen Erfahrung mit dem DDR-Stalinismus und der geopolitischen Lage Deutschlands an der Nahtstelle der Ost-West-Konfrontation zu verstehen. So haben wir nicht die Existenz eines massenwirksamen Antikommunismus an sich, sondern dessen besondere Ausformung in Westdeutschland hauptsächlich mit diesen Faktoren zu erklären versucht.

Womit wir bei der DDR wären. Die Feststellung allein, daß unter den spezifisch westdeutschen Bedingungen den Fragen nach der DDR und nach dem Verhältnis BRD/DDR nicht auszuweichen ist, sagt natürlich noch nichts darüber aus, wie die Linke diese Frage beantworten soll. Dingel wirft uns allerhand abenteuerliche Destabilisierungsabsichten gegenüber der DDR und Osteuropa vor und meint, Biermanns Wunschvorstellung von der »Einheit der Linken in Ost und West« sei nur im Sinne eines letztendlich identischen Zieles zu verstehen (was anhand seines Werkes leicht zu widerlegen wäre). Wir geben gerne zu, daß uns die Stabilität des ostdeutschen Regimes nicht vorrangig am Herzen liegt, aber deswegen braucht man uns ja nicht gleich der Aktionseinheit mit Ronald Reagan zu bezichtigen. Wir können dieses Problem ruhig den arbeitenden Menschen der DDR selbst überlassen, allerdings nicht, ohne Dingel vorher die Frage zu stellen, ob sich die DDR nicht gerade durch ihre Eigenschaft, Teil der gespaltenen deutschen Nation zu sein, grundlegend von etwa Polen oder Ungarn unterscheidet und ob er - im Gegensatz zu uns und allen sich dazu äußernden DDR-Oppositionellen - überhaupt einen wirklichen Umbruch der DDR-Verhältnisse für voraussehbar hält, der *nicht* die nationale Frage wieder auf die Tagesordnung setzt? (Übrigens ist es gerade, wenn man wie Dingel eine Wieder- und Neuvereinigung auf kapitalistischer Grundlage fürchtet, nicht ratsam, die deutsche Frage sich selbst und damit der Rechten zu überlassen.) Die Tatsache, daß die DDR als einziger osteuropäischer Staat über eine nennenswerte Friedensbewegung verfügt, ist gewiß kein Zufall. Sie sagt viel über die politische Qualität der Sache wie über existierende deutsch-deutsche Kommunikationszusammenhänge aus - siehe die Signalwirkung des Hamburger Kirchentages, die Inhalte und Träger des Havemann-Briefes an Breschnew oder des Berliner Appells Pfarrer Eppelmanns und die gemeinsamen Parolen und Symbole -, sondern auch über den von Dingel schlicht gelegneten Zusammenhang von nationaler und Friedensfrage. Daß die Bedro-

hung des Weltfriedens möglicherweise genauso groß wäre, wenn »die Systemgrenze nicht an der Elbe, sondern längs der Oder verlief«, können wir Dingel gern zugestehen, da wir Gegenteiliges ja auch nicht behauptet haben. Da die Systemgrenze und damit die konventionellen und nuklearen Schützengraben eines potentiellen Ost-West-Krieges nun aber quer durch Deutschland verlaufen und ein solcher Zusammenstoß dadurch *auch* den Charakter eines Bürgerkrieges annähme, kann man die Relevanz der nationalen Frage für die Friedensbewegung doch nur abstreiten, wenn man von der Unveränderbarkeit des europäischen Status quo ausgeht.

Daß es den Gegensatz von Kapitalismus und »Realsozialismus« und die Weltmachtrivalität der USA und der UdSSR auch ohne die Teilung Deutschlands gäbe, dürfte kaum jemand leugnen. Möglicherweise wäre dieser Antagonismus aber in ganz anderen Formen ausgetragen worden. Die Existenz von festen militärisch-politischen Blöcken in Europa erlaubt es eben nicht (und am wenigsten in Deutschland), erst einmal die gesellschaftliche Umgestaltung einzuleiten und - in einem zweiten Schritt - die Stellung im internationalen Staatensystem zu bestimmen. Die Blockstruktur ist - namentlich für Deutschland - von vornherein ein wichtiger hemmender Faktor für die Entfaltung und den Erfolg von sozialen Emanzipationsbewegungen.

Dazu kommt, daß es natürlich sehr wohl besondere Friedensinteressen der Deutschen gibt. Denn Deutschland ist das Gebiet mit der dichtesten Militärkonzentration. Hierzulande würde der nächste Weltkrieg erst einmal ausgefochten, mit selbst bei rein »konventionellem« Verlauf buchstäblich vernichtenden Konsequenzen. Ob sich ein Krieg tatsächlich auf Deutschland bzw. Mitteleuropa begrenzen ließe, ist zu bezweifeln; es reicht aber, daß andere diese Illusion haben, um eine zusätzliche Gefahr für uns heraufzubeschwören. Wenn Dingel sich weigert, in dem objektiven Interesse der Volksmassen in beiden deutschen Staaten, sich der Rolle als Frontstaaten des neuen kalten und drohenden heißen Krieges zu widersetzen, einen Zusammenhang von deutscher Frage und Friedensfrage zu sehen, bezeichnet das lediglich das Dilemma der linken Nationalallergetiker. Und wenn ein Teil auch der Linken des Auslands die deutsche Friedensbewegung mit tiefem Mißtrauen betrachtet (die Bewegung als solche, durchaus nicht nur eine bestimmte Strömung), dann vielfach deswegen, weil damit allzu viele militärstrategische Planungen obsolet zu werden drohen, die - bis hin zur französischen Verteidigungskonzeption - mit dem deutschen Vorfeld rechnen. Es geht also z.T. um alles andere als *internationalistische* Einwände.

Die (faktisch korrekten) historischen Ausführungen von Dingel widersprechen unserer Deutung keineswegs; zum großen Teil stützen wir uns auf dieselben Fakten, auch wenn Dingel das Gegenteil suggeriert. Einem gängigen Argument entsprechend, weist er darauf hin, daß die SPD - spätestens seit 1914 - und, in anderer Variante, zeitweilig auch die KPD durchaus nationalistisch agitiert und agiert habe. Da auch wir in unserem Artikel (wenn auch etwas zu knapp) diesen Tatbestand kritisch erwähnen (S. 93), muß unsere Position doch wohl auf etwas anderes hinauslaufen als auf die Vorstellung, kräftige Stöße in die nationale Fanfare hätten alles zum Besseren gewendet. Wir kritisieren weder den Internationalismus der alten Arbeiterbewegung als solchen (man muß das offenbar unterstreichen), noch das Aufgreifen der nationalen Fragen seitens der Linken an sich, sondern unsere Kritik gilt der fehlenden Vermittlung. Daher mußte »Patriotismus« meist (nicht immer!) als Nachgeben gegenüber dem ideologischen Druck des Klassegegners erscheinen. Unser Verweis auf Rosa Luxemburg, deren generelle (u.E. verkehrte) Position zur »nationalen Frage« bekannt ist und von Dingel noch einmal herausgestrichen wird, diente nicht dem

Zweck, diese für unsere Argumentation insgesamt zu vereinnahmen, sondern sollte an einem konkreten Punkt auf die Möglichkeit hinweisen, außer Nein zu den Kriegskrediten auch noch etwas Positives zu sagen. Darüber läßt sich dann selbstverständlich immer noch diskutieren. (Wir haben das alles in Prokla 47 nicht weiter ausgeführt, weil die Passagen über die nationale Frage im allgemeinen und über ihre Gestalt in Deutschland vor 1945 lediglich den Charakter von einleitenden Bemerkungen haben sollten.)

Es ist kein Zufall, daß Frank Dingel die Notwendigkeit einer systematischen Bündnispolitik gegenüber den nichtproletarischen Volksmassen schroff leugnet. Seine Auffassung, das Kleinbürgertum müsse sich eben zwischen Sozialismus und Konterrevolution entscheiden, paßt vielleicht besser als unsere Position in die »Maschenstruktur analytischer Betrachtung« zu Beginn der 70er Jahre (oder besser: zu Beginn der 20er Jahre), jedenfalls aber nicht in die europäische sozialistische Theorie- und Strategie-Debatte der frühen 80er.

Erfolge - wie unvollkommen und vorläufig auch immer - hat die Linke (auch der hochentwickelten Länder) während der vergangenen Jahrzehnte dort erzielt, wo sie den ideologischen Kampf *um* (nicht gegen) die Nation, *um* (nicht gegen) das »Volk« geführt und gewonnen hat. Dazu taugt natürliche eine Politik nach dem - heute kaum noch ernsthaft von jemand vertretenem - Rezept des frontalen, isolierten Angriffs: »Klasse gegen Klasse« nicht; nötig ist eine Strategie, die die rebellischen Elemente des Volksprotests aus einem reaktionären Kontext aussondert und in einen fortschrittlichen Sinnzusammenhang integriert.

Zu den Autorinnen/Autoren dieses Heftes

Jürgen Hoffmann ist Professor für Politische Soziologie an der Hochschule für Wirtschaft und Politik in Hamburg. Langjähriges Mitglied der Redaktion der PROKLA.

Ursula Westphal-Georgi, Dr. Phil., Forschungsreferentin an der Freien Universität. Zahlreiche Veröffentlichungen zu Fragen der Arbeitsmarkt- und Familienpolitik in ihrer Auswirkung auf Frauen.

Ingeborg Wegehaupt-Schneider war von 1972 bis 1979 Mitarbeiterin des Soziologischen Forschungsinstituts (SOFI) e.V., Göttingen. Projekte: »Frauenarbeit und technischer Wandel«, sowie »Die ökonomischen Bedingungen des Fraueneinsatzes im Bereich der industriellen Produktion«.

Seit 1979 wissenschaftliche Angestellte der Universität Hannover, Zentrale Einrichtung für Weiterbildung. Befaßt mit Konzeption, Planung, Koordination und Durchführung von Seminarkursen. Schwerpunkte der inhaltlichen Arbeit: »Technischer Wandel und seine psychosozialen Folgewirkungen« sowie »Frauen«.

Lothar Lappe, langjähriger Mitarbeiter des Sozialwissenschaftlichen Forschungsinstituts in Göttingen (SOFI), z.Zt. tätig am Max Planck Institut für Bildungsforschung (Berlin) im »Facharbeiter-Projekt«.

Andrea Ruby, Dipl.Volkswirtin soz.wiss. Richtung, Studium der Ökonomie, Politologie und Sozialpolitik, Wissenschaftliche Angestellte und Freie Journalistin.

Brigitte Göttgens, Dipl.Volkswirtin, Studium der Ökonomie, Politologie und Sozialpolitik, Wissenschaftliche Angestellte an der RWTH Aachen.

Sigrid Koeppinghoff, Dipl.Volkswirtin soz.wiss. Richtung, Studium der Volkswirtschaft, Soziologie und Sozialpolitik, Verwaltungsangestellte in Bonn, Arbeitsschwerpunkt: Transfersystem.

Hedwig Rudolph, Professorin an der TU Berlin, Fachbereich Gesellschaftswissenschaften.
Michael Krätke arbeitet an der Universität von Amsterdam (Niederlande). Verschiedene Veröffentlichungen zur Krisentheorie, zum Sozialstaat und zur Sozialpolitik.

Elmar Altvater ist Professor am Otto-Suhr-Institut der FU Berlin. Langjähriges Mitglied der Redaktion der PROKLA.

Frank Dingel, Historiker, z.Zt. arbeitslos. Mitglied der Redaktionskonferenz der PROKLA.

Peter Brandt, Historiker, arbeitet als Hochschulassistent am Institut f. Geschichtswissenschaften der TU Berlin.

Günter Minnerup, Magister in Geschichte und Soziologie. Seit 1975 Dozent für deutsche Politik und Zeitgeschichte an der Technischen Universität Portsmouth (Großbritannien).

Errata

Im Aufsatz von *Michael Lucas* (PROKLA 48) sind einige Übertragungsfehler entstanden:
S. 129: Am Ende des zweiten Absatzes fehlt der Verweis auf die Fußnote 37.

S. 135: Es muß heißen: Keine dieser Maßnahmen liegt jedoch im Interesse der Kapitalisten der Neuen Rechten, weil sie *ohne* hohe Militärausgaben...

S. 141: Die Passage: »Für dreißig Jahre ... revidieren wird« muß als Zitat gelesen werden.

S. 148: In Fußnote 33 muß es heißen: 1970 15,3%.

S. 150: Es fehlt die Fußnote 52a: Ders., S. 40.

Michael Lucas ist *nicht*, wie angegeben, Stipendiat am John-F.-Kennedy-Institut in Berlin, sondern ist Politologe und arbeitet als freier Journalist.